Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/3792

14. 03. 80

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 19. März 1980

am Freitag, dem 21. März 1980

Buchdruckerei P. Meier GmbH, 5205 Sankt Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (02241) 61071
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 5300 Bonn 2, Postfach 200821
Bonn-Bad Godesberg, Herderstr. 56, Tel. (02221) 363551

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

1. Abgeordnete **Frau Pack** (CDU/CSU)	Wie beurteilt die Bundesregierung die Einführung von Thymuspräparaten in die Humanmedizin, und hat sie Kenntnis genommen von Tierversuchen, bei denen nach Verabreichung von Thymuspräparaten eine höhere Anfälligkeit für Leukämie festgestellt worden ist?
2. Abgeordneter **Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein** (CDU/CSU)	Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung entgegen ihrer Ankündigung vom Sommer letzten Jahrs bis heute noch kein Gesundheitssicherstellungsgesetz vorgelegt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

3. Abgeordneter **Straßmeir** (CDU/CSU)	Treffen Pressemeldungen zu, wonach das Innenministerium der DDR auf Weisung des Politbüros der SED eine geheime Verfügung über die Behandlung von Ausreiseanträgen durch die Räte der Kreise erlassen hat, derzufolge Ausreiseanträge generell abzulehnen sind, sofern die Antragsteller die Hilfe westlicher Organisationen oder unserer Massenmedien in Anspruch nehmen oder genommen haben?
4. Abgeordneter **Straßmeir** (CDU/CSU)	Ist der Bundesregierung bekannt, ob die DDR dieses Verfahren auch in solchen Fällen anwendet, in denen Ausreisewillige ihre Angehörigen oder Freunde um Hilfe bei staatlichen Stellen in der Bundesrepublik Deutschland nachgesucht haben?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

5. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)	Welche politischen und ökonomischen Schlußfolgerungen für die Zukunft der deutschen Weltraumforschung zieht die Bundesregierung aus den auf der Mainzer Frühjahrstagung 1980 der Arbeitsgemeinschaft für extraterrestrische Physik (aep) bekannt gewordenen Meinungsstreiten zwischen dem Bundesforschungsministerium (BMFT) und den an Raumfahrtprojekten beteiligten Wissenschaftlern?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

6. Abgeordneter **Dr. Voss** (CDU/CSU)	Wann wird die Bundesregierung das Durchführungsgesetz zur Vierten Richtlinie der EG zur Koordinierung des Gesellschaftsrechts (Bilanzrichtlinie) vom 25. Juli 1978 vorlegen, und welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung falls der vorgesehene Vollzugstermin (1. August 1980) nicht eingehalten werden kann?

7. Abgeordneter **Dr. Voss** (CDU/CSU)

Welche Regelung beabsichtigt die Bundesregierung im Durchführungsgesetz hinsichtlich der Zulassung von Abschlußprüfern für die vorgesehenen Pflichtprüfungen der GmbH's zu treffen?

8. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung die zunehmende Tendenz von Vermietern, insbesondere im Land Berlin, bekannt, in Mietverträgen Abreden über die Kinderlosigkeit der Mieter durchzusetzen, und welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung, hier korrigierend einzugreifen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

9. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Sind dem Bundesverteidigungsminister Klagen des Verbands der Fahrlehrer über erteilte Genehmigungen auf Nebentätigkeit zur Ausübung des Fahrlehrerberufs — zum Teil als selbständige Unternehmer — durch Berufs- und Zeitsoldaten der Bundeswehr bekannt, und wie vereinbaren sich diese Genehmigungen mit der dienstlichen Belastung der betreffenden Soldaten?

10. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Gedenkt der Bundesverteidigungsminister in diesem Zusammenhang Einschränkungen vorzusehen?

11. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, daß Bundesverteidigungsminister Dr. Apel auf einer sicherheitspolitischen Konferenz der schleswig-holsteinischen SPD in Plön erklärt habe, der Bundesnachrichtendienst habe bei der Aufklärung über die Entscheidungsprozesse im Kreml vor dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan versagt, da keiner der professionellen Aufklärer es für „denkbar oder wahrscheinlich gehalten" habe, daß die Rote Armee Ende 1979 Afghanistan besetzen würde, und ist gegebenenfalls dieser Mangel an zuverlässigen Informationen darauf zurückzuführen, daß — wie es angeblich ein BND-Mitarbeiter ausgedrückt hat — viele Geheimdienstberichte ihre Adressaten nicht erreicht haben oder von diesen nicht gelesen worden sind?

12. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, daß der ehemalige Bundesverteidigungsminister Schmidt Berichte des seinerzeit für Afghanistan zuständigen Militärattachés Siegel über die Vorbereitung einer möglichen militärischen Aktion der UdSSR nur als „Spinnereien" abgetan habe, weil sie nicht in das politische Weltbild der Regierenden von einer entspannungsbereiten Sowjetunion gepaßt hätten und muß die Aussage von BND-Präsident Wessel im Jahr 1977, auf Grund der politischen Auseinandersetzung um den BND müsse die „weitere erfolgreiche Arbeit" in Frage gestellt werden, nicht Anlaß zu ernster Sorge für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland geben?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

13. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Welche Konsequenzen will die Bundesregierung aus den Konflikten und Rechtsunsicherheiten ziehen, die beim Datenschutz und Betriebsverfassungs- bzw. Personalvertretungsrecht aufgetreten sind und die der Bundesbeauftragte für den Datenschutz in Nummer 2.5.6 seines Zweiten Jahresberichts geschildert hat?

14. Abgeordneter **Hölscher** (FDP)

Trifft es zu, daß in Baden-Württemberg in vielen Fällen Ausländern aus EG-Staaten rechtswidrig verkürzte Aufenthaltsgenehmigungen erteilt und nach Ablauf der Frist rechtswidrig Geld- und Freiheitsstrafen verhängt wurden, wie ein Reutlinger Amtsrichter behauptete, und wenn ja, welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung, auf die Landesregierung Baden-Württemberg mit dem Ziel einzuwirken, die korrekte Anwendung des EG-Ausländerrechts sicherzustellen?

15. Abgeordneter **Dr. Diederich (Berlin)** (SPD)

Welche unmittelbaren praktischen Folgen wird die Bundesregierung aus der erneuten Warnung des Berliner Umweltbundesamts vor dem Treibgas „Frigen 11“ ziehen, wonach durch Messungen nachgewiesen sei, daß mit diesem Gas die Ozonschicht der Erde zerstört werde, und wann ist mit einem begrenzten oder unbegrenzten Verwendungsverbot zu rechnen?

16. Abgeordneter **Lattmann** (SPD)

Wie ist der Stand der Beratungen zwischen den vier deutsch sprechenden Ländern über eine Reform der deutschen Rechtschreibung, und wann ist damit zu rechnen, daß die Bundesregierung im Einvernehmen mit der Ständigen Konferenz der Kultusminister die amtliche Rechtschreibkommission beruft, die autorisiert ist, um die Bundesrepublik Deutschland in Verhandlungen mit den weiteren deutsch sprechenden Ländern zu vertreten?

17. Abgeordneter **Lattmann** (SPD)

Hat die österreichische Bundesregierung inzwischen die Dokumentation zur Rechtschreibreform vorgelegt, die die deutsche Bundesregierung nach einer Auskunft des Bundesinnenministers bei einem Sondierungsgespräch mit dem österreichischen Unterrichtsminister im März 1977 angeregt hat, oder wann ist andernfalls mit ihr zu rechnen?

18. Abgeordneter **Müller (Wadern)** (CDU/CSU)

Bis zu welchem Zeitpunkt erwartet die Bundesregierung endgültige Ergebnisse in Sachen Interessenvertretung der deutschen Bevölkerung beim Bau des Kernkraftwerks Cattenom, insbesondere weil beim letzten deutsch-französischen Gipfel keine Vereinbarungen getroffen wurden (Antwort auf die Frage des Abgeordneten Conrad in der 203. Sitzung) und die Bundesregierung in dieser Antwort auf die Fachgremien hinweist, wie die deutsch-französische Kommission für die Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen (DFK) und der internationalen Saar-Mosel-Kommission?

19. Abgeordneter **Müller (Wadern)** (CDU/CSU)

Welchen Grad der Verbindlichkeit haben die Ergebnisse dieser Fachgremien, bzw. wie kann die Bundesregierung die Durchsetzung der Ergebnisse dieser Gremien gewährleisten?

20. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Wie begründet die Bundesregierung das am 1. Oktober 1981 geltende Verbot der Altölverbrennung in Kleinanlagen laut Vorschrift des § 4 a der Änderungsverordnung zum Bundes-Immissionsschutzgesetz in den Fällen, in denen durch Bauart der Verbrennungsöfen oder Einsatz von Filteranlagen die Art und Menge der Schadstoffemissionen die der Hausfeuerungsanlagen für Heizöl nicht überschreiten, und ist die Bundesregierung bereit, die tatsächliche Umweltbelastung zum Maßstab von Verboten der Altölverbrennung zu machen?

21. Abgeordneter **Dr. Linde** (SPD)

Welches Ergebnis hatte das Gespräch des Bundesinnenministers mit der niedersächsischen Landesregierung über die Immissionsbelastung im Raum Oker/Harlingerode am 7. März 1980?

22. Abgeordneter **Dr. Linde** (SPD)

Ist die niedersächsische Landesregierung jetzt bereit, an dem umfassenden von der Bundesregierung angebotenen ökologischen Verbesserungsprogramm für den betroffenen Raum mitzuarbeiten, und wenn ja, wie lautet das vereinbarte Arbeitsprogramm?

23. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Ist nach Auffassung der Bundesregierung eine Einreise von Angehörigen solcher Staaten, für die Visumzwang besteht, in die Bundesrepublik Deutschland in jedem Fall auch dann ausgeschlossen, wenn bei der Einreise an der Grenze ein Asylantrag gestellt wird, und wenn nein, in welchen Fällen?

24. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Wenn die Visumpflicht bei der Einreise in die Bundesrepublik Deutschland dadurch umgangen werden kann, daß an der Grenze ein Asylantrag gestellt wird, mit welchen Gründen glaubt dann die Bundesregierung, durch die Einführung des Visumzwangs einen wichtigen Schritt zur spürbaren Verringerung der Zahl unbegründeter Asylanträge getan zu haben?

25. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß in den Monaten Januar/Februar 1980 mehr als das vierfache an Asylanträgen gestellt wurde als in den Vergleichsmonaten des Vorjahrs?

26. Abgeordneter **Dr. Schweitzer** (SPD)

Bremst oder beschleunigt die Bundesregierung im Rahmen des Ministerrats der EG den Entscheidungsprozeß im Hinblick auf die Einführung eines einheitlichen Reisepasses in der Gemeinschaft?

27. Abgeordneter **Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung nunmehr der Auffassung, daß die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung im Katastrophen-, Spannungs- und Verteidigungsfall sichergestellt ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

28. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, vor dem Hintergrund der zuletzt anläßlich des Petitionsfalls Thorspecken im baden-württembergischen Landtag bekanntgewordenen illegalen Parteispenden und des dabei von der Finanzverwaltung einseitig gegen

das Informationsbedürfnis von Öffentlichkeit und Parlament interpretierten Steuergeheimnisses eine Novellierung der Abgabenordnung dahin gehend einzuleiten, daß mißbräuchliche Finanzierungsmethoden von Parteien für den Bürger transparent werden können?

29. Abgeordneter **Haase (Kassel)** (CDU/CSU)

Nach welchen Kriterien wird die Höhe der Miete und der sonstigen Nebenleistungen bei bundeseigenen Wohnungen der gehobenen Klasse (Wohnfläche über 156 qm und/oder besondere Ausstattung und/oder besondere Lage) festgesetzt, und was beabsichtigt die Bundesregierung zu tun, um zu niedrige Mieten solcher Wohnungen gegebenenfalls auf das Niveau der ortsüblichen Vergleichsmiete von Wohnungen gleicher Größe, Ausstattung und/oder Lage anzuheben?

30. Abgeordneter **Haase (Kassel)** (CDU/CSU)

Wie viele amtierende und frühere Bundesminister, Parlamentarischen Staatssekretäre, Staatssekretäre und Ministerialdirektoren wohnen in bundeseigenen Wohnungen, die nach Größe und/oder Ausstattung und/oder Lage der gehobenen Klasse zuzurechnen sind, und in wieviel Fällen werden dabei Mieten gezahlt, die unter der ortsüblichen Vergleichsmiete von Wohnungen gleicher Größe, Ausstattung und/oder Lage liegen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

31. Abgeordneter **Dr. Diederich (Berlin)** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob – wie im „Stern" vom 6. März 1980 (Seite 48) gemeldet – 92 v. H. der in Neufundland erbeuteten Robbenfelle an die Kürschnerindustrie der Bundesrepublik Deutschland gehen, bzw. wie hoch der Anteil tatsächlich ist, und was kann im Verantwortungsbereich der Bundesregierung getan werden, um den Import von (unverarbeiteten oder verarbeiteten) Robbenfellen zu unterbinden?

32. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Welche Überlegungen hat die Bundesregierung in Anbetracht angekündigter Preiserhöhungen beim Bezug von Erdgas für den durch diese Erhöhung betroffenen Personenkreis?

33. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Hält sie es unter diesen Gegebenheiten für geboten, in gleicher Weise wie bei der Gewährung eines einmaligen Heizölkostenzuschusses 1979 auch beim Bezug anderer Energien einen entsprechenden Zuschuß zu gewähren?

34. Abgeordneter **Wolfram (Recklinghausen)** (SPD)

Wieviel Fälle der Vernichtung kleiner und selbständiger Existenzen durch Konzentrationspolitik der Mineralölkonzerne und deren Verdrängungswettbewerb (s. Kritik des Außenhandelsverbands für Mineralöl vom 11. März) sind der Bundesregierung aus 1979 bekannt, und welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um den Verdrängungs- und Konzentrationswettbewerb in diesem Bereich zu stoppen?

35. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Wie hoch und für welche Bereiche technologischer und wirtschaftlicher Kooperation mit der Volksrepublik Polen sollen der Kredit des deutschen Bankenkonsortiums sein, über dessen Absicherung durch die Bundesrepublik Deutschland Bundesminister Dr. Graf Lambsdorff verhandelt (NSP/Inland I vom 7. März 1980), und welches Bürgschaftsvolumen war Gegenstand der Gespräche des polnischen Vizeministers Dlugosz in Bonn?

36. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

In welchen Ländern Nordafrikas werden in Zusammenarbeit zwischen Unternehmen aus der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen mit Bundesbürgschaften Chemieanlagen und Kraftwerke gebaut, und um welche Chemieanlagen und Kraftwerke handelt es sich?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

37. Abgeordneter **Löffler** (SPD)

Inwieweit hält die Bundesregierung Experimente mit Tieren in der medizinischen und pharmakologischen Forschung für vereinbar mit dem Tierschutzgesetz?

38. Abgeordneter **Löffler** (SPD)

Welche Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen, um Versuche mit Tieren zu unterbinden, die für diese Forschungen nicht unbedingt erforderlich sind?

39. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, wie groß der Mitgliederbestand der Kleintierzuchtvereine, unterteilt nach Erwachsenen und Jugendlichen, in der Bundesrepublik Deutschland ist, und welche Bedeutung mißt sie diesen Vereinen vor allem in ländlichen Räumen zu?

40. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)

Welche Förderungsmöglichkeiten können diese Vereine nach geltendem Bundesrecht einerseits allgemein und andererseits für ihre Jugendarbeit in Anspruch nehmen?

41. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, die Notlage der Obst erzeugenden Landwirte in der Bundesrepublik Deutschland dadurch zu lindern, daß sie neben anderen Maßnahmen u. a. der DSG der Deutschen Bundesbahn oder den in der Bundesrepublik Deutschland verkehrenden Fluggesellschaften nahelegt, ihren Fahr- und Fluggästen Frischobst, vor allem Äpfel, anzubieten?

42. Abgeordneter **Dr. Ahrens** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, worauf es zurückzuführen ist, daß die Verbraucherpreise für Äpfel trotz einer fast 30 Prozent größeren Ernte in der Europäischen Gemeinschaft auf derselben Höhe wie im Vorjahr liegen?

43. Abgeordneter **Dr. Ahrens** (SPD)

Trifft es zu, daß in diesem Jahr in der Europäischen Gemeinschaft bereits 350 000 Tonnen Qualitätsäpfel „aus dem Markt genommen“ sind, daß weitere 200 000 Tonnen Qualitätsäpfel noch vernichtet werden sollen, und welche Kosten verursachen diese Aktionen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

44. Abgeordneter **Grunenberg** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung angesichts der vielen gleichzeitig in Betrieb befindlichen TV-Geräte in einem Raum die Strahlenbelastung des Personals in großen Fernsehgeschäften und entsprechenden Abteilungen von Kaufhäusern?

45. Abgeordneter **Grunenberg** (SPD)

Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, daß dieses Personal einen Strahlenpaß führen muß?

46. Abgeordneter **Lutz** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, wieviel Runderlasse und Rundverfügungen beispielsweise in Nordrhein-Westfalen in den Jahren 1978 und 1979 an die Arbeitsämter ergangen sind, und wie beurteilt sie diesen Sachverhalt, nachdem Mitarbeiter der Arbeitsverwaltung in wachsendem Maß über die große Zahl der von ihnen zu behandelnden Dienstanweisungen klagen?

47. Abgeordneter **Lutz** (SPD)

Ist die Mehrzahl dieser Runderlasse und Rundverfügungen auf die Novellierung von Bundesgesetzen zurückzuführen, oder gibt es nach den Erkenntnissen der Bundesregierung andere unabweisbare Gegebenheiten, die eine Erlaßflut rechtfertigen?

48. Abgeordneter **Dr. Becker (Frankfurt)** (CDU/CSU)

Welche Gründe haben den Bundesarbeitsminister veranlaßt, der vom Bundesausschuß Ärzte – Krankenkassen vorgelegten, sogenannten Negativliste nach den Vorschriften des § 368 p Abs. 8 RVO nicht zuzustimmen?

49. Abgeordneter **Dr. Becker (Frankfurt)** (CDU/CSU)

Gibt es eigene Vorstellungen seitens des Bundesarbeitsministeriums, wie nunmehr eine solche sogenannte Negativliste gestaltet sein sollte, und wann ist damit zu rechnen, daß eine derartige Liste vorgelegt werden wird?

50. Abgeordneter **Franke** (CDU/CSU)

Stimmt es, daß der Bundesarbeitsminister frühzeitig den Bundeskanzler Schmidt oder das Bundeskanzleramt (1975 oder 1976) schriftlich und mündlich auf die bedrohliche Finanzentwicklung in der Rentenversicherung hingewiesen hat?

51. Abgeordneter **Franke** (CDU/CSU)

Zu welchem Zeitpunkt vor der Bundestagswahl 1976 ist eine solche Unterrichtung erfolgt?

52. Abgeordneter **Müller (Berlin)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß asylsuchende Ausländer von der Bundesanstalt für Arbeit in Beschäftigungsverhältnisse zu vermitteln sind, während dies bei Familienangehörigen angeworbener ausländischer Arbeitnehmer nicht geschieht, weil diese keine Arbeitserlaubnis erhalten?

53. Abgeordneter **Müller (Berlin)** (CDU/CSU)

Wie viele Asylbewerber haben sich als Arbeitsuchende gemeldet, und wie viele wurden vermittelt?

54. Abgeordneter **Kraus** (CDU/CSU)

Haben Asylbewerber Anspruch auf Arbeitslosenhilfe, und wenn ja, wie hoch waren in solchen Fällen die diesbezüglichen Aufwendungen der Bundesanstalt für Arbeit?

55. Abgeordneter **Kraus** (CDU/CSU)

Werden die Asylbewerber, falls sie keine Arbeitslosenhilfe erhalten, vom Arbeitsamt an die Träger der Sozialhilfe verwiesen?

56. Abgeordnete **Frau Männle** (CDU/CSU)

Wieviel Teilzeitarbeitsplätze sind im Rahmen des arbeitsmarktpolitischen Programms der Bundesregierung für Regionen mit besonderen Beschäftigungsproblemen geschaffen worden – absolut und im Verhältnis zum Gesamtprogramm –, und wie verteilen sich diese Arbeitsplätze auf die einzelnen Schwerpunktbereiche?

57. Abgeordnete **Frau Männle** (CDU/CSU)

Wie hoch ist der Anteil der weiblichen Teilnehmer an den Maßnahmen zum arbeitsmarktpolitischen Programm der Bundesregierung für Regionen mit besonderen Beschäftigungsproblemen?

58. Abgeordnete **Frau Hürland** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung informiert, daß Schwerbehinderte bei Ausstellung ihrer Ausweise durch die Versorgungsämter ungebührlich lange Wartezeiten von acht Monaten und länger in Kauf nehmen müssen und dadurch u. a. vom kostenlosen Nahverkehr ausgeschlossen sind, und wenn ja, welche Schritte hat sie unternommen, diese Wartezeiten abzubauen, und ist eventuell daran gedacht, die Ausstellung der Ausweise zumindest vorübergehend an die Kreisverwaltung zu delegieren?

59. Abgeordnete **Frau Simonis** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland im Schicht- bzw. Nachtdienst beschäftigt sind, und gibt es eine nach Sektoren aufgegliederte Statistik?

60. Abgeordnete **Frau Simonis** (SPD)

Sind der Bundesregierung Statistiken bekannt, aus denen eine Korrelation zwischen Krankenstand, Krankheitsart und Wechselschichtdienst erkennbar wird, und ist gegebenenfalls geplant, solche Statistiken, zumindest als Pilotstudie, erstellen zu lassen?

61. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung das Verfahren des Bundesbeauftragten für den Zivildienst, auf der Basis eines Berichts des zuständigen Referenten im Bundesamt und einer Mitteilung der evangelischen Kirchengemeinde Bad Wildungen, die Zivildienstleistenden im „Jugendhof Bessunger Forst" in Darmstadt zu versetzen, die entsprechenden Unterlagen in dem sich daraus ergebenden Streitverfahren vor dem Verwaltungsgericht in Köln aber nicht vorzulegen, und um welche Mißstände handelt es sich nach den oben genannten Berichten?

62. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Bundesbeauftragten für den Zivildienst, daß es sich bei Berichten dieser Art um dienstinterne Vorgänge handelt, über die auch dann auf Anfrage die Mitglieder des Deutschen Bundestages nicht informiert werden können, wenn die Vorgänge in der Zwischenzeit Gegenstand einer Pressekampagne sind?

63. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung auf die Bundesanstalt für Arbeit einwirken, daß sie bei den Landesarbeitsämtern geplanten dezentralen Daten- und Rechenzentren dort, wo der Bereich der Landesarbeitsämter auch Teile des Zonenrandgebiets umfaßt, möglichst an Orten im Zonenrandgebiet errichtet, um dort neue Arbeitsplätze zu schaffen?

64. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)

Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Sterblichkeitsquote in den ersten zwölf Monaten nach Ausscheiden aus dem Erwerbsleben vor?

65. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß nach einer Umfrage der bayerischen Bauindustrie, Bezirksverband Ostbayern, vom Januar 1980 die ostbayerischen Straßenbaufirmen im Durchschnitt eine Beschäftigungsdauer von nur etwa 2,6 Monaten gewährleisten können, so daß nach Beendigung der Wintermonate die sonst übliche Wiedereinstellung von Arbeitskräften im Straßenbau unterbleiben muß, was den strukturschwachen ostbayerischen Raum bei einer Arbeitslosenquote von 10 v. H. in der nördlichen Oberpfalz (Arbeitsamtsbereich Weiden) besonders hart trifft?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

66. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Welche gesetzlichen oder administrativen Regelungen für Bundesmittel bestehen bei der Finanzierung von Radfahr- bzw. Fußwegen an Bundesfernstraßen?

67. Abgeordnete **Frau Dr. Czempiel** (SPD)

Trifft es zu, daß bei Personenkraftwagen älteren Typs keine Ausrüstungspflicht für Gurte auf den Vordersitzen besteht, und wie wird diese unterschiedliche Gesetzeslage von den Versicherungen berücksichtigt?

68. Abgeordnete **Frau Dr. Czempiel** (SPD)

Ist beabsichtigt, eine Ausrüstungspflicht für Gurte in Bussen gesetzlich vorzuschreiben?

69. Abgeordneter **Dr. Möller** (CDU/CSU)

Welche konkreten Erkenntnisse, d. h. Tatsachen, liegen dem Bundesverkehrsminsterium vor, daß die Südtangente von der Bonner Südbrücke bis zur Autobahn A 3 entbehrlich ist, und sind diese Erkenntnisse mit den Gemeinden und Städten erörtert worden?

70. Abgeordneter **Dr. Möller** (CDU/CSU)

Wann erhält ein Bundestagsabgeordneter, der nach dem Grundgesetz über das Zweite Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen in den Jahren 1971 bis 1985 abzustimmen hat, den genauen Wortlaut der Untersuchungen?

71. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung tatsächlich die Einstellung der Bauarbeiten im Rahmen der Bundesautobahn A 7 (Würzburg – Ulm) mit der Behauptung begründet, ihr fehle wegen der geplanten Unterstützung der Türkei und Pakistans das Geld, und wie glaubt die Bundesregierung, die Einstellung der Bauarbei-

ten unter dem Gesichtspunkt rechtfertigen zu können, daß die Autobahn für die wirtschaftliche und strukturelle Entwicklung im westfränkischen Raum von derartiger Bedeutung ist, daß auf die Verwirklichung anderer, weniger wichtiger Autobahnprojekte verzichtet wurde?

72. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung den Seniorenpaß der Deutschen Bundesbahn für sozial ausgewogen und mit dem Grundsatz der Gleichberechtigung von Mann und Frau vereinbar, obwohl einerseits Frauen, die das 60. Lebensjahr und andererseits Männer, die das 65. Lebensjahr vollendet haben, besondere Fahrpreisvergünstigungen beanspruchen können?

73. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Ist der Bundesverkehrsminister bereit, unter den veränderten Verhältnissen sowie der Zusage des bayerischen Wirtschaftsministers, Jaumann, daß Bayern sich an der Elektrifizierung der Strecke Hochstadt – Hof beteiligt (Bayerische Rundschau 13. März 1980), die Elektrifizierung der Bundesbahnstrecke Hochstadt – Hof in Angriff zu nehmen?

74. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Wie gedenkt die Bundesregierung dem Auftrag des § 4 des Zonenrandförderungsgesetzes zur bevorzugten Verkehrserschließung des Zonnenrandgebiets nachzukommen, wenn sie, ohne für diesen Raum zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen, sich mit dem Hinweis begnügt, für die Aufteilung seien weitestgehend die jeweiligen Länder verantwortlich?

75. Abgeordneter **Wüster** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, das Einführen, Vorrätighalten und in Verkehrbringen von Funkanlagen zum Schutz der Verbraucher so zu regeln, daß Wellenfrequenzen mit Polizeifunk gesperrt werden, um eine eventuelle Beschlagnahme und Bußgeldzahlung zu vermeiden?

76. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, ihre Entscheidung, den sogenannten Mondscheintarif für Fernsprechteilnehmer zum 1. April 1980 durch eine andere Regelung zu ersetzen, nochmals zu überdenken und statt dessen zur Entlastung der Netze den bisherigen Tarif unter den gleichen Bedingungen bereits auf 20 Uhr vorzuziehen?

77. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Wie ist die Auffassung des Bundespostministers für das Post- und Fernmeldewesen (Frankfurter Rundschau vom 7. März 1980), die Feststellung der Bundesregierung im Verfassungsschutzbericht, eine Partei verfolge verfassungsfeindliche Ziele, sei nicht identisch „mit ihrer Pflicht, eine Partei mit verfassungsfeindlichen Zielsetzungen zu verbieten", mit dem Wortlaut des Artikels 21 Abs. 2 des Grundgesetzes, nach dem nur das Bundesverfassungsgericht über die Verfassungswidrigkeit und damit das Verbot einer Partei entscheiden kann, zu vereinbaren, und sieht die Bundesregierung keinen Widerspruch zwischen ihrer Erklärung des Begriffs „verfassungswidrig" und „verfassungsfeindlich" (BMI-Info Nr. 47, 16. Februar 1979) und den Äußerungen des Bundespostministers?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

78. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Verkürzung der sogenannten Nachwirkungsfrist auf acht Jahre auch den Eigentümern von Sozialmietwohnungen zugutekommt, die die öffentlichen Förderungsmittel bereits vor Inkrafttreten des Wohnungsbauänderungsgesetzes 1980 vollständig zurückgezahlt hatten, und wenn ja, geht sie davon aus, daß diese Auffassung einer gerichtlichen Überprüfung standhält?

79. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Wieviel Wohnungen sind im Jahr 1979 im sozialen Wohnungsbau mit welchem Förderungsaufwand – jeweils aufgeschlüsselt nach Mietwohnungen und Eigentumswohnungen sowie erstem und zweitem Förderungsweg – errichtet worden?

80. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Von welchem Förderungsvolumen nach Wohnungszahl und Mitteleinsatz, bezogen auf Miet- und Eigentumsmaßnahmen, geht die Bundesregierung im Jahr 1980 aus, und wie wirkt sich nach ihrer Ansicht der Zinsanstieg auf das Förderungsergebnis sowie die Wohnungsbauleistungen insgesamt aus?

81. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die in einigen Bundesländern festgelegte Einkommensgrenze zur Bezuschussung von Maßnahmen zur Einsparung von Heizenergie nach dem Energieeinsparungsgesetz im Einklang mit dem Willen des Bundesgesetzgebers steht und mit dem Gleichheitsgrundsatz in Einklang zu bringen ist, und wenn nein, welche Folgerungen zieht sie daraus?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

82. Abgeordneter **Reddemann** (CDU/CSU)

An welche Empfänger und in welcher Höhe hat die Bundesregierung den Modellversuch KORAG und den sich anschließenden Modellversuch SUGS über die Rahmenrichtlinien an Gesamtschulen bezuschußt?

83. Abgeordneter **Reddemann** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung auf Grund der Ergebnisse von KORAG und SUGS einzuleiten, und ist die Bundesregierung bereit, die Ergebnisse der beiden Modellversuche zur Verfügung zu stellen?

84. Abgeordneter **Thüsing** (SPD)

Wie haben sich die Zuweisungen des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft an den Deutschen Akademischen Austauschdienst und an die anderen am Studenten- und Hochschullehreraustausch beteiligten Institutionen von 1979 auf 1980 entwickelt?

85. Abgeordneter **Thüsing** (SPD)

Welche Schritte hat das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft unternommen, um den Austausch bzw. die Auslandsaufenthalte auch im Bereich der beruflichen Bildung zu verstärken?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

86. Abgeordneter **Voigt (Sonthofen)** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung eine Ausstellung von Plakaten des Rechtsanwalts Klaus Staeck im Goethe-Institut in Tel Aviv für förderungswürdig im Sinne der Pflege des Ansehens der Bundesrepublik Deutschland, und nimmt sie keinerlei Rücksicht auf die Rolle, die der Betroffene in der politischen Auseinandersetzung vor der Bundestagswahl 1980 spielt, und wenn ja, warum?

87. Abgeordneter **Voigt (Sonthofen)** (CDU/CSU)

Wie hoch sind die Kosten der Ausstellung von Plakaten des Rechtsanwalts Klaus Staeck, die vom Goethe-Institut in Tel Aviv aufzubringen sind, und wie groß ist der Betrag, der aus Haushaltsmitteln der Bundesrepublik Deutschland bereitgestellt wird?

88. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Billigt die Bundesregierung den Bericht über die Tätigkeit der Arbeit der Goethe-Institute im Ausland von Kurt Meyer-Clason, und stimmt er mit den Grundsätzen überein, die Staatsminister Frau Dr. Hamm-Brücher und Staatsminister Dr. von Dohnanyi in den letzten Fragestunden dargelegt haben, und wenn nein, was gedenkt die Bundesregierung zu tun, damit den Leitern der Goethe-Institute keine nach eigener Weltanschauung ausgerichtete Kulturpolitik und einseitige Repräsentation deutschen Kulturschaffens ermöglicht wird?

89. Abgeordneter **Broll** (CDU/CSU)

Auf Grund welcher Bestimmung der Satzung, der Geschäftsordnung oder des Rahmenvertrags mit dem Auswärtigen Amt gehört es zu den Aufgaben inländischer Zweigstellen des Goethe-Instituts, die Rolle des Veranstalters oder Mitveranstalters bei einem Auftritt von Günter Wallraff im Rahmen seiner Kampagne gegen die Bild-Zeitung zu übernehmen?

90. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Woher nimmt die Bundesregierung die rechtliche Begründung, „den Verlust der eigenen Heimat (gemeint sind die Gebiete östlich von Oder und Neiße) als unwiderruflich anzuerkennen“?

91. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Warum nennt die Bundesregierung zwar die Verbrechen unter Hitler Verbrechen, lehnt aber gleichzeitig diese Bezeichnung für die Verbrechen ab, deren Opfer 1945 und danach Deutsche geworden sind?

92. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Ist die Türkei nach Auffassung der Bundesregierung ein Land, in dem Kritiker der Regierung oder andere Einwohner von staatlichen Stellen politisch verfolgt werden, und was gedenkt die Bundesregierung verneinendenfalls zu unternehmen, um dem Zustrom angeblich politisch Verfolgter aus der Türkei in die Bundesrepublik Deutschland zu begegnen?

93. Abgeordneter **Dr. Schweitzer** (SPD)

Was ist die derzeitige Politik der Bundesregierung im Hinblick auf den britischen Beitrag zum EG-Haushalt und damit zusammenhängende Probleme der Gemeinschaft?

B. Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung gebeten wurde

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter **Wolfgramm (Göttingen)** (FDP)

Ist der Bundesregierung die Aussage des Schriftstellers Günter Wallraff bekannt, wonach durch die eigenmächtige Mithilfe von drei Mitarbeitern des Bundesnachrichtendienstes der „Bild"-Zeitung ermöglicht worden sei, zwei Tage lang alle seine Telefongespräche abzuhören und aufzuzeichnen, und welche Konsequenzen wird die Bundesregierung ziehen, wenn eine Überprüfung diese Behauptung bestätigen sollte?

2. Abgeordneter **Wolfgramm (Göttingen)** (FDP)

Wie steht die Bundesregierung grundsätzlich zu der Frage der Zusammenarbeit zwischen den Nachrichtendiensten des Bundes und Privatunternehmen?

3. Abgeordneter **Ueberhorst** (SPD)

Trifft es zu, daß „Das Deutsche Magazin für Unpolitische", Sonderheft Entsorgung („Kladderadatsch") durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung gefördert worden ist, und wenn ja, in welcher Form und aus welchem Grund?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

4. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß im Verantwortungsbereich der Volksrepublik Polen Deutsche, die den Wehrdienst verweigern, ins Gefängnis kommen und daß z. B. allein in der Haftanstalt Marienwerder 30 Jugendliche aus diesem Grund einsitzen?

5. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung immer noch keine Informationen, daß von der Sowjetunion in Afghanistan Giftgas, Napalm- und Kugelbomben eingesetzt werden, nachdem ein Sprecher der afghanischen Freiheitskämpfer dies ausweislich von Agenturmeldungen am 5. März 1980 erklärt hat?

6. Abgeordneter **Wolfgramm (Göttingen)** (FDP)

Treffen Pressemeldungen zu, nach denen die Bereitwilligkeit der Behörden der Ostblockländer zunehmend geringer wird, Deutschen die Aussiedlung in die Bundesrepublik Deutschland zu gestatten, und ist hier möglicherweise ein Zusammenhang mit der Afghanistankrise zu sehen?

7. Abgeordneter **Wolfgramm (Göttingen)** (FDP)

Besteht in diesem Zusammenhang Besorgnis, daß die Aussiedlung von Deutschen aus Rumänien entgegen den Zusicherungen von Staats- und Parteichef Ceausescu gegenüber Bundeskanzler Schmidt bei dessen Besuch in Bukarest im Januar 1978, nach denen die Aussiedlungszahlen des Jahrs 1977 von fast 11 000 Personen Richtschnur für die künftigen Jahre sein sollten, spürbar zurückgeht?

8. Abgeorndeter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, daß Bundeskanzler Schmidt beim Rückflug aus Washington die Befürchtung geäußert habe, ein westlicher Olympiaboykott könne ungünstige Auswirkungen auf Gespräche zwischen Ost und West über eine Wiederherstellung des militärischen Gleichgewichts in der Welt haben, und wie ist bejahendenfalls dieses Unbehagen des Bundeskanzlers am Olympiaboykott und die Vertagung einer definitiven Entscheidung der Bundesregierung in Übereinstimmung zu bringen mit der eindeutigen Feststellung von Bundesaußenminister Genscher in Kuala Lumpur, „eine Teilnahme an den Olympischen Spielen ist für uns unannehmbar, solange sich Truppen der Sowjetunion in Afghanistan aufhalten"?

9. Abgeordneter **Dr. Marx** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Sowjetregierung „nach der Besetzung Afghanistans Ausreisegenehmigungen für Deutsche in der Sowjetunion drastisch zurückgeschraubt" hat (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. März 1980)?

10. Abgeordneter **Dr. Marx** (CDU/CSU)

Wie viele Deutsche sind pro Jahr seit 1976 aus der Sowjetunion in die Bundesrepublik Deutschland und wie viele in die DDR ausgesiedelt?

11. Abgeordneter **Dr. Marx** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung Berichte von Überlebenden sowjetischer Angriffe, z. B. im Kubargebiet Afghanistans, wonach die sowjetische Luftwaffe sowohl Napalm als auch Nervengas eingesetzt hat?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

12. Abgeordneter **Link** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die zivile Verteidigung und der Zivilschutz der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland nicht annähernd der Nato–Konzeption (20 : 1 von militärischer und ziviler Verteidigung) entspricht und darüber hinaus derartige Lücken und Mängel im organisatorischen, personellen und technisch-sachlichen Bereich aufweist, daß ein Funktionieren im Ernstfall nicht gewährleistet ist?

13. Abgeordneter **Link** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, den Stellenwert der Zivilverteidigung und des zivilen Bevölkerungsschutzes den Erfordernissen der Nato anzupassen, und in welchem zeitlichen Rahmen beabsichtigt die Bundesregierung die dringend notwendigen Maßnahmen, wie z. B. den Katastrophenschutz, den Selbstschutz, die überörtlichen Hilfsdienste, den Schutzbau und das Gesundheitswesen in ausreichendem Umfang sicherzustellen?

14. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß bei der Eintragung des Geburtsorts „Königsberg" in neu ausgestellte Personalausweise und Reisepässe von den zuständigen Stellen der korrekte Zusatz „Ostpreußen" weggelassen wird?

15. Abgeordneter **Dr. Jentsch (Wiesbaden)** (CDU/CSU)

Wird den derzeit zum Grenzschutzkommando West abgeordneten Beamten des Bundesgrenzschutzes, die gegen ihre Abordnung Einspruch eingelegt haben, die Möglichkeit gegeben, alsbald zu ihrer Einsatzabteilung zurückzukehren, und wenn ja, wann und wie wird die dadurch entstandene personelle Lücke wieder geschlossen?

16. Abgeordneter **Dr. Jentsch (Wiesbaden)** (CDU/CSU)

Ist die Belegung der Bundesgrenzschutzunterkunft in Bad Schwalbach zum 1. April 1980 trotz der Stellenstreichungen für den Haushalt 1980 gewährleistet, und wenn nein, wann und durch wen soll die Unterkunft belegt werden?

17. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Ist der Bundesregierung die Dienstanweisung der bayerischen Innenverwaltung vom 15. Dezember 1979 (MABl Nr. 1/1980) zum § 1355 BGB (Namensrecht) bekannt, nach der deutsche Frauen, die in der Bundesrepublik Deutschland die Ehe mit einem Ausländer eingehen, ihren bisher geführten Namen weiterführen müssen, es sei, „der ausländische Ehegatte unterstellt sich hinsichtlich des Ehenamens dem deutschen Recht", und wäre die Bundesregierung bereit, in Auslegung von § 1355 BGB eine Beschränkung auf solche Fälle zu veranlassen, in denen der ausländische Ehegatte nur solche Wirkungen erzielen will, die von seinem Heimatrecht abweichen?

18. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Ist es der Wille der Bundesregierung, daß deutsche Frauen, die im Ausland einen ausländischen Mann geheiratet haben, rückwirkend vom 1. Juli 1976 nicht den Namen des Mannes als Ehenamen erworben haben, sondern de facto den Mädchennamen weiterführen, und wäre die Bundesregierung bereit, bestehende Rechtsunsicherheiten (z. B. bei der Bereitstellung von Familienbüchern durch Standesbeamte), die sich durch eine Entscheidung des BGH vom 25. September 1979 ergeben haben, zu beseitigen und die Intentionen des Gesetzgebers wieder herzustellen?

19. Abgeordneter **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Hält die Bundesregierung es für rechtens, daß die Namensführung deutscher Frauen, die im Inland oder im Ausland einen ausländischen Mann geheiratet haben, davon abhängig gemacht werden kann, daß sich der ausländische Ehemann durch eine Erklärung bei der Eheschließung ausdrücklich hinsichtlich des Ehenamens deutschem Recht unterwirft, oder ist die Bundesregierung nicht der Auffassung, daß dieses Erfordernis mit der Auffassung des Bundesjustizministeriums kollidiert, nach dem für den deutschen Ehegatten § 1355 BGB als einschlägige materielle Norm gilt?

20. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Was wird die Bundesregierung vorschlagen, um die aus dem BGH-Urteil vom 25. September 1978 herrührenden Rechtsunsicherheiten zu beseitigen?

21. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, wie sich die Stellenangebote für graduierte Ingenieure und die entsprechenden Bewerbergesuche in den vergangenen fünf Jahren zahlenmäßig in der privaten Wirtschaft und im öffentlichen Bereich entwickelt haben, und welche Auswirkungen auf die Nachwuchssituation bei den graduierten Ingenieuren im öffentlichen Dienst erwartet die Bundesregierung durch die von ihr angestrebte Änderung besoldungsrechtlicher und versorgungsrechtlicher Vorschriften 1980?

22. Abgeordneter **Vogel (Ennepetal)** (CDU/CSU)

Hat sich an der Einschätzung der „Hilfsaktion Vietnam e. V.", die in Verfassungsschutzberichten früherer Jahre unter der Rubrik „Volksfront"-Politik der DKP aufgeführt und als DKP-orientiert bewertet wurde, unter der Geschäftsführung der Kommunistin Sibylle Weber seither wesentliches geändert, und wenn ja, was und seit wann?

23. Abgeordneter
Hoffmann (Saarbrücken)
(SPD)

Ist der Bundesregierung das von einigen Städten und Gemeinden in Auftrag gegebene Gutachten „Internationale Rechtsprobleme des Kernkraftwerks Cattenom" (Professor M. Kloepfer, Universität Trier) bekannt, und welche Schlüsse zieht sie gegebenenfalls daraus?

24. Abgeordneter
Hoffmann (Saarbrücken)
(SPD)

Hat die Bundesregierung Informationen darüber, ob Frankreich gemäß Artikel 37 des Euratom-Vertrags Pläne zur Ableitung radioaktiver Stoffe aus dem in Bau befindlichen Kernkraftwerk Cattenom der EG-Kommission gemeldet hat?

25. Abgeordneter
Schäfer (Offenburg)
(SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob in der unmittelbaren Umgebung des Kernkraftwerks Three Mile Island in Harrisburg nach dem Störfall vom 28. März 1979 sich die Rate der Säuglingssterblichkeit erheblich erhöht hat, und liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, daß dies auf die erhöhte Freisetzung radioaktiver Abgaben durch den Störfall zurückzuführen ist, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

26. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU)

Sind Informationen zutreffend, daß das Schilfsterben vor allem durch die Gewässereutrophierung verursacht wird, und ist die Bundesregierung auch aus diesem Grund bereit, die Rechtsverordnung zur Verminderung des Phosphatgehalts der modernen Waschmittel nach den Bestimmungen des Waschmittelgesetzes jetzt vorzulegen?

27. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU)

Für wie viele Bürger ist zur Zeit die Trinkwasserversorgung auch in einem Katastrophen- oder Verteidigungsfall gesichert, und wieviel Notbrunnen müßten noch gebaut werden, um zu einer auch im Katastrophen- oder Verteidigungsfalle befriedigenden Trinkwasserversorgung zu kommen?

28. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU)

Welche Vorsorgemaßnahmen will die Bundesregierung treffen, um die Trinkwasserversorgung der Bevölkerung auch in einem Katastrophen- oder Verteidigungsfall sicherzustellen?

29. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU)

Welches ist die Ursache dafür, daß seitens der Bundesministerien und nachgeordneten Behörden der Bundesrepublik Deutschland verschiedene Ausführungen des „Bundesadler"-Hoheitszeichens verwandt werden, und ist mit der Einführung eines für alle Bundesbehörden verbindlichen Bundesadlers als Hoheitszeichen unserer Republik geplant?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

30. Abgeordneter
Dr. Stavenhagen
(CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die Wertgrenze von 50 DM für die Abzugsfähigkeit von Werbegeschenken als Betriebsausgabe angesichts erheblich gestiegener Preise noch für angemessen, oder beabsichtigt sie, dem Bundestag in absehbarer Zeit eine Erhöhung vorzuschlagen?

31. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)

Ist nach dem Erkenntnisstand der Bundesregierung die Türkei „eines der wesentlichen Lieferländer für Rauschgift", wie dies der Bundeskanzler am 7. Februar 1980 in Gütersloh behauptet hat, oder ist sie

nur ein „Transitland für illegale Drogen aus Mittel- und Fernost“, wie dies die Bundesregierung in ihrer Antwort auf meine Frage im Bundestag (Anlage 72 zum Stenographischen Bericht über die 203. Sitzung vom 28. Februar 1980) behauptet, und wenn letzteres stimmt, muß dann nicht der Bundeskanzler in Zukunft etwas sorgfältiger formulieren, um außenpolitischen Flurschaden zu verhindern?

32. Abgeordnete **Frau Will-Feld** (CDU/CSU)

Vertritt die Bundesregierung die Auffassung, daß der nur für Risikoversicherungen vorgesehene Wegfall des „Kreditaufnahmeverbots“ die uneingeschränkte steuerliche Begünstigung (als Sonderausgaben) der Alters- und Krankenvorsorgeaufwendungen wiederherstellt?

33. Abgeordneter **Frau Will-Feld** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß nach statistischen Unterlagen die Gesamtlaufzeit für Risikoversicherungen noch keine zehn Jahre beträgt und von daher diese Versicherungsart nicht der Altersvorsorge dienen kann, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

34. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)

Beharrt die Bundesregierung auch weiterhin auf ihrem mehrfach geäußerten Standpunkt, rechtskräftige Entscheidungen des Bundesfinanzhofs zugunsten eines klagenden Steuerpflichtigen, auch dann, wenn es sich um grundlegende Entscheidungen für eine Vielzahl gleicher Fälle handelt, nicht als allgemeinverbindlich zu beachten, und wie kann vermieden werden, daß dadurch das Vertrauen der Bürger in die Rechtsstaatlichkeit der Finanzverwaltung erschüttert wird?

35. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, Grundsatzurteile des Bundesfinanzhofs, die zugunsten von Steuerpflichtigen wirken, ausnahmslos in Teil II des Bundessteuerblatts zu veröffentlichen, oder welche Gründe stehen dem entgegen?

36. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Gilt das Grundstücksverbilligungsgesetz auch für Einrichtungen des Bundes, wie z. B. Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost sowie bundeseigene Unternehmen, und wenn nein, ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der eine entsprechende Erweiterung des Geltungsbereichs des Grundstücksverbilligungsgesetzes vorsieht?

37. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, die derzeit noch im Eigentum des Bundes stehenden Grundstücke des früheren Schießplatzes an der Heidemannstraße in München zu dem Verkehrswert der jetzigen Nutzung zu verkaufen, wie dies auch der Freistaat Bayern bezüglich seines Anteils tut?

38. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, zu veranlassen, daß auf der Lohnsteuerkarte von Arbeitnehmern, die die Abschreibungsmöglichkeiten des § 7 b des Einkommensteuergesetzes nutzen wollen, entsprechende Freibeträge eingetragen werden?

39. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Wie begründet die Bundesregierung ihre Haltung, die Diskussion über den § 7 b Bericht müsse abgewartet werden, bevor der von allen Parteien und auch von der Bundesregierung selbst dem Grunde nach begrüßte Wegfall der Jahresgrenze bei der § 7 b Förderung von Ausbauten und Erweiterungen Gesetzeskraft erlangen kann (vgl. die Stellungnahme der Bundesregierung zum Gesetzentwurf des Bundesrates zur Verbesserung der Familienförderung in Drucksache 8/3143)?

40. Abgeordneter **Broll** (CDU/CSU)

Wieviel Fälle von Zahlungsunfähigkeit sind bisher von dem Pensionssicherungsverein in Köln gemäß dem Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung vom 19. Dezember 1974 bearbeitet worden, und wie groß war die durchschnittliche Dauer der Verfahren?

41. Abgeordneter **Broll** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in einigen Fällen mehr als 20 Monate verstrichen sind, bis die Alterssicherung der anspruchsberechtigten Arbeitnehmer geregelt worden ist, so daß der Zweck des Gesetzes durch die Länge der Bearbeitungszeit verfehlt wird?

42. Abgeordneter **Dr. Schäuble** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß Unterhaltsleistungen, die ein unbeschränkt Einkommensteuerpflichtiger an seine in der Schweiz lebende geschiedene Ehefrau zahlt, bei der Ehefrau der schweizerischen Einkommenbesteuerung unterworfen werden, und wie kann gegebenenfalls die Benachteiligung für diesen Unterhaltspflichtigen, die darin besteht, daß er das Realsplitting nach § 10 Abs. 1 Satz 1 EStG nicht in Anspruch nehmen kann, obwohl seine geschiedene Ehefrau die Unterhaltleistungen versteuern muß, abgebaut werden?

43. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die bundeseigene Salzgitter-AG beim Bau des neuen Moskauer Flughafens auf sowjetischen Wunsch die Decken wieder aufgerissen hat, um zusätzliche Kabelstränge zum Anschluß von „Wanzen“ einzulegen (Spiegel vom 18. Februar 1980, Seite 62)?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

44. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Welche Bereiche in Unterfranken (Land Bayern) bleiben über 1981 hinaus als Fördergebiet im Programm der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur“, bzw. welche Bereiche werden herausgenommen?

45. Abgeordneter **Ibrügger** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob zwischen 1974 und 1977 fast eine Million Seehundfelle in die Bundesrepublik Deutschland geliefert worden sind und mit dieser Größenordnung die Bundesrepublik Deutschland zu den größten Importeuren derartiger Felle in der Welt gehört, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, darauf Einfluß zu nehmen, daß aus Gründen des Tierschutzes und der Erhaltung der gejagten Robbenarten die Tötung junger Robben unterbleibt?

46. Abgeordneter **Graf Huyn** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung bisher getan, um den Wettbewerbsverzerrungen in grenznahen Bereichen, wie etwa Rosenheim, entgegenzuwirken, die dadurch entstehen, daß deutschen Bauhandwerkern in Österreich eine Tätigkeit erheblich erschwert wird, die von österreichischen Baufirmen auf dem deutschen Baumarkt in der Regel ohne weiteres ausgeübt werden kann, und ist sie bereit, in entsprechenden Verhandlungen mit der österreichischen Seite zu erwirken, daß die durch deutsche Meisterprüfungen qualifizierten Bauhandwerker auch ohne Ablegung einer österreichischen Meisterprüfung in Österreich tätig werden können?

47. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Wieviel Gewerbebetriebe sind im Jahr 1979 durch den Bundeswirtschaftsminister dadurch gefördert worden, daß für geschäftsführende Gesellschafter Forschungs- und Entwicklungspersonalkostenzuschüsse gewährt wurden, und was beabsichtigt die Bundesregierung zu tun, um Härtefälle bei kleinen und mittleren Unternehmen des produzierenden Gewerbes, die durch Wegfall dieses Teils des Förderprogramms 1980 betroffen sind, zu mildern?

48. Abgeordneter **Dr. Schweitzer** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, erneut auf das Land Rheinland-Pfalz einzuwirken, daß der Raum Adenau/Ahr wieder als ein Schwerpunktort im betreffenden Gebiet der Gemeinschaftsaufgaben aufgenommen wird, und hat die Bundesregierung eine Erklärung dafür, warum im Rahmen dieses Programms so wenig Mittel in den Raum Adenau flossen, als dieser noch als Schwerpunktort anerkannt war?

49. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung im Hinblick auf eine ausreichende und kostengünstige Energieversorgung im norddeutschen Bereich an einem Küstenstandort für eine Kohleveredlungsanlage interessiert, und würde nicht durch eine solche Anlage, die mit billiger Importkohle arbeiten könnte, die Struktur in der Küstenregion erheblich verbessert werden, indem dann Industrieunternehmen einen Anreiz hätten, sich hier anzusiedeln?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

50. Abgeordneter **Paintner** (FDP)

Was kann im Verantwortungsbereich der Bundesregierung getan werden, um eine bessere Auslastung der im Rahmen von „Urlaub auf dem Bauernhof" geschaffenen Kapazitäten zu erreichen?

51. Abgeordneter **Paintner** (FDP)

Betrachtet die Europäische Gemeinschaft nach Auffassung der Bundesregierung Versorgungssicherung nur als Frage der Selbstversorgung und gibt sie sich vielleicht in ihrer Agrarpolitik der Illusion einer „Selbstversorgungs-These" hin, wie ihr der EG-Verbraucherverband (BEUC) vorwirft?

52. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß eine Zunahme der Nachfrage der COMECON-Länder nach Getreide aus Beständen in der Bundesrepublik Deutschland seit der Verhängung des amerikanischen Getreideembargos gegenüber der UdSSR nicht festzustellen ist, und welche Vergleichswerte liegen der Bundesregierung für die Beantwortung dieser Frage vor?

53. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, und woran liegt es bejahendenfalls, daß der Getreidedauerbestand der Bundesreserve durch Verkäufe der Bundesanstalt für landwirtschaftliche Marktordnung von etwa 3,1 Millionen t auf 1,8 Millionen t gesenkt worden ist, und womit rechtfertigt die Bundesregierung gegebenenfalls einen Abbau der Nahrungs- und Futtermittelreserven gerade in Zeiten außenpolitischer Spannungen?

54. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Vorräte an Fleischkonserven, Reis, Hülsenfrüchten und Milchpulver ebenfalls reduziert worden sind, und wenn ja, in welchem Ausmaß?

55. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen hat die Kommission der EG getroffen, damit Gemeinschaftslieferungen die Getreidelieferungen der Vereinigten Staaten auf dem Markt der UdSSR nicht ersetzen?

56. Abgeordneter **Dr. Hammans** (CDU/CSU)

Warum ist der am 23. Juni 1979 in der Bonner diplomatischen Konferenz verabschiedete und von 22 der 77 Teilnehmerstaaten unterschriebene Text der Konvention über wandernde Tierarten nach nunmehr fast neun Monaten noch nicht amtlich bekanntgemacht bzw. den interessierten Staaten mit der Bitte um Unterzeichnung zugeleitet worden?

57. Abgeordneter **Dr. Hammans** (CDU/CSU)

Worauf ist zurückzuführen, daß also in Kürze die von den Vertragsstaaten vereinbarten zwölf Monate in denen die Konvention in Bonn zur Zeichnung offenliegt, praktisch ungenutzt verstreichen werden?

58. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Wie weit ist der Konzentrationsprozeß auf dem Sektor der tierischen Veredelung fortgeschritten, und ist die Bundesregierung der Auffassung, daß hierdurch die bäuerlichen Betriebe in ihrer Existenz gefährdet werden?

59. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Was beabsichtigt die Bundesregierung, auf Bundesebene und auf EG-Ebene agrar- und steuerpolitisch zu tun, um das Entstehen weiterer Massentierhaltungen bzw. Agrarfabriken zu verhindern?

60. Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in zunehmendem Umfang Hunde und Katzen ihren Besitzern entwendet werden um sie anschließend an Institute für Tierversuche zu veräußern, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls durch gesetzgeberische Maßnahmen hiergegen zu unternehmen?

61. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Welche Bedeutung haben nach Meinung der Bundesregierung die Schilfgürtel an den mitteleuropäischen Seen, und von welchen Gefahren werden sie bedroht?

62. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in Waldböden und Dauergrünlandböden, die niemals mit Quecksilbersaatgutbeize in Berührung kamen, die Quecksilbermengen mindestens so hoch liegen wie in Ackerböden, und ist sie deshalb bereit, neben nichtquecksilberhaltigen Saatgutbeizmitteln auch quecksilberhaltige Saatgutbeizmittel zum Beizen von Saatgetreide zuzulassen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

63. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, den totalen Anwerbestopp für ausländische Arbeitnehmer entsprechend dem Antrag der Bundesanstalt für Arbeit gemäß § 14 Abs. 1 und § 18 des Arbeitsförderungsgesetzes für die Gießereiindustrie zu lockern, da trotz intensivster Bemühungen deutsche Arbeitnehmer für diese Arbeitsplätze nicht zu gewinnen sind?

64. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß eine steigende Zahl von Rentnern, die in der Krankenversicherung der Rentner versichert sind, sich über mangelnde Sachleistungen beklagen und deshalb anstreben, als freiwilliges Mitglied einem Träger der gesetzlichen Krankenversicherung anzugehören, und beabsichtigt die Bundesregierung, die gegenwärtig bestehende gesetzliche Regelung zu überprüfen und notfalls abzuändern?

65. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)

Welche Gründe haben die Bundesregierung bisher veranlaßt, in der Krankenversicherung der Rentner pflichtversicherten Rentnern einen Wechsel zu einer freiwilligen Krankenversicherung abzuschneiden?

66. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Wie beabsichtigt die Bundesregierung hinsichtlich der Forderung des Verbands der Heimkehrer zu verfahren, wonach die Nachteile, die den ehemaligen Soldaten durch Militärdienst, Krieg und Kriegsgefangenschaft in der gesetzlichen Rentenversicherung entstanden, auszugleichen sind, und stimmt die Bundesregierung der Auffassung des Verbands der Heimkehrer zu, daß durch den Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Fortentwicklung des Strafvollzuges (Drucksache 8/3335) vom 8. November 1979 für ehemalige Strafgefangene im Sinne einer Resozialisierung lebenslange soziale Benachteiligungen vermieden, diese aber ehemaligen Kriegsgefangenen zugemutet werden?

67. Abgeordnete **Frau Dr. Wilms** (CDU/CSU)

Inwieweit ist die Bundesregierung der Aufforderung des Bundesrates vom 22. Juni 1979 (Bundesratsdrucksache 248/79) nachgekommen zu prüfen, ob § 16 Abs. 2 der Arbeitszeitordnung vom 30. April 1938 sowie die Nummer 20 der Ausführungsverordnung zur Arbeitszeitordnung und die Ausführungsverordnung zum Jugendschutzgesetz vom 12. Dezember 1938, beide in der Fassung der Baupraktikantinnenverordnung vom 16. Februar 1960 (BGBl. I S. 81), zu ändern sind, um Frauen und Mädchen den Zugang zu anerkannten Ausbildungsberufen des Baugewerbes, auch im eigentlichen Baubereich zu eröffnen?

68. Abgeordnete **Frau Dr. Wilms** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung bisher unternommen, um Schwierigkeiten abzubauen, die wegen bestehender anderer arbeitsschutzrechtlicher Bestimmungen die Ausbildung von Mädchen in gewerblich-technischen Berufen, im Rahmen der von Bund und Ländern getragenen Modellversuche, erschweren bzw. verhindern?

69. Abgeordnete **Frau Männle** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen des Programms „Humanisierung des Arbeitslebens" verstärkt soche Vorhaben von Firmen, insbesondere im Dienstleistungsbereich zu fördern, die die gesundheitlichen Gefährdungen und Belastungen sowie Entleerungen der Arbeitsinhalte im Büro-/Verwaltungsbereich im Zusammenhang mit den Datenerfassungstätigkeiten durch neue technische Arbeitsgeräte abzubauen versuchen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

70. Abgeordneter **Weiskirch (Olpe)** (CDU/CSU)

Ist es zutreffend, daß ein gemäß Soldatenlaufbahnverordnung vorgesehener Laufbahnwechsel für Offiziere des militärfachlichen Dienstes in die Laufbahn der Truppenoffiziere für die Geburtsjahrgänge 1935 bis 1944 auch für besonders qualifizierte Offiziere, deren Zulassung normalerweise unabhängig vom Bedarf erfolgt, seit Jahren nicht mehr möglich ist, und wie viele Offiziere dieser Jahrgänge wurden bisher zugelassen?

71. Abgeordneter **Weiskirch (Olpe)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß militärische Sachbearbeiter im Bundesverteidigungsministerium der in den Stellendotierungen so wie bei den für herausgehobene Dienstposten in Bundesministerien festgelegten Prozentsätzen (z. B. A 12 Planstellen) erheblich benachteiligt sind und daß Offiziere, die zur weiteren Förderung auf herausgehobene Dienstposten A 12 versetzt wurden, gegenüber Offizieren auf Dienstposten A 12 in der Truppe bei der Einweisung in Planstellen A 12 zusätzlich benachteiligt sind, und inwieweit ist dabei der Gleichheitsgrundsatz und das Leistungsprinzip gewährleistet?

72. Abgeordneter **Würzbach** (CDU/CSU)

Ist es zutreffend, daß – unter Berufung auf eine angespannte Haushaltslage – z. B. bei der Teilstreitkraft Heer unserer Bundeswehr, erhebliche Einschränkungen beim Besuch von Seminaren und Tagungen zum Themenbereich „Politische Bildung" vorgenommen werden sollen?

73. Abgeordneter **Würzbach** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß demzufolge bereits Großverbände Anweisungen geben mußten, staatsbürgerliche Informationstage ab April dieses Jahrs für Mannschaften nicht mehr durchzuführen?

74. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung dartun, mit welcher Begründung zivile Dienstposten im Bereich der Bundeswehr, die z. B. in Teileinheiten wie Brandschutzdienst oder Wartungs- und Instandsetzungsgruppen als Planstellen für Beamte ausgewiesen sind, mit Arbeitnehmern besetzt sind, obwohl geeignete technische Beamte zur Verfügung stehen?

75. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Mißt die Bundesregierung den Folgen, die sich aus der wachsenden Unzufriedenheit der Offiziere und Unteroffiziere, die vom seit Jahren bestehenden Verwendungs- und Beförderungsstau betroffen sind, nicht so große Bedeutung zu, um kurzfristig wirksame Maßnahmen zur Lösung des Problems einzuleiten bzw. durchzuführen, oder wie anders ist die

Feststellung in der Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs vom 28. Februar 1980 auf meine Frage vom 27. Februar 1980 zu verstehen, wonach der Entscheidung über eine Abhilfe nicht schon jetzt, sondern erst in der nächsten Legislaturperiode Priorität eingeräumt wird?

76. Abgeordneter **Zink** (CDU/CSU)

Wie weit sind die Planungsarbeiten für den weiteren Ausbau der B 519 von der Opel-Brücke in Rüsselsheim bis Hofheim, Taunus, hinaus gediehen?

77. Abgeordneter **Zink** (CDU/CSU)

Wann ist mit dem Beginn der Bauarbeiten zu rechnen?

78. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Welche Sanitätszentren bzw. Notkrankenhäuser plant die Bundeswehr in Ostwestfalen und dort speziell im Kreis Gütersloh?

79. Abgeordneter **Frau Dr. Martiny-Glotz** (SPD)

Ist es richtig, daß der Fliegerhorst Erding zu einer Ersatzteil- und Versorgungsstelle für das Kampfflugzeug „Tornado" eingerichtet werden soll, und deshalb an eine Einschränkung der Flugbewegungen auf dem Fliegerhorst nicht zu denken ist?

80. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)

Ist es zutreffend, daß auf Grund der im Haushaltsjahr 1980 infolge der Heeresstruktur zugewiesenen zusätzlichen Wehrübungsplätze die militärischen Kommandobehörden Überlegungen anstellen, die Wehrübungen zu verlängern, statt die Anzahl der Wehrübungen insgesamt zu vermehren, um so die Nachteile der verstärkten Kaderung auszugleichen?

81. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)

Ist es zutreffend, daß viele Reservisten, die als Führungs- und Funktionspersonal der Alarmreserve eingeplant sind, nicht ihrem Ausbildungs- und Tätigkeitsnachweis exakt entsprechende Ausbildung erhalten haben und daher noch für ihre Mobilmachungsverwendung ausgebildet werden müßten?

82. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)

Reichen die im Haushaltsjahr 1980 bereitgestellten Wehrübungstage/Plätze dazu aus, um einen der „Stehzeit" in der Alarmreserve angemessenen Anteil der Reservisten im Feldheer und im Territorialheer üben zu lassen, und reicht dies dafür aus, daß schließlich alle eingeplanten Reservisten während ihrer Einplanungszeit wenigstens einmal zu Wehrübungen herangezogen werden können?

83. Abgeordneter **Dr. Reimers** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß auf dem Gelände der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg-Blankenese auf Anordnung des Kommandeurs die Straßenschilder mit den Namen ost- und mitteldeutscher Städte durch westdeutsche Städtenamen ersetzt werden sollen, so daß z. B. die Weimarer Straße in Zukunft Porz/Wahn Ring heißen wird?

84. Abgeordneter **Dr. Reimers** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung diese Umbenennungsaktion, und ist sie unter Billigung des Bundesverteidigungsministers erfolgt?

85. Abgeordneter **Voigt (Sonthofen)** (CDU/CSU)

Warum wurden an den Bundeswehrhochschulen in Hamburg und München Hochschullehrer eingestellt, obwohl man wußte, daß die Darmstädter Dozenten durch die schon 1971 beschlossene Einstellung der Fachhochschulausbildung in Darmstadt für Übernahme von Lehrtätigkeiten an den Bundeswehrhochschulen freigesetzt würden?

86. Abgeordneter **Voigt (Sonthofen)** (CDU/CSU)

Welche Gründe hat die Bundesregierung dazu bewogen, in dem von ihr herausgegebenen Faltblatt „bundeswehr aktuell" bei der Rubrik „Die Bundesregierung beantwortet Fragen von Abgeordneten des Deutschen Bundestages" die Namen der Fragesteller nicht mehr zu veröffentlichen, und steht dies nach Meinung der Bundesregierung nicht entgegen der im Weißbuch 1979 unter Punkt 251 garantierten Informationsfreiheit der Soldaten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

87. Abgeordnete **Frau Karwatzki** (CDU/CSU)

Wie hoch beziffert die Bundesregierung Auflage und Herstellungskosten der vom Bundesgesundheitsministerium herausgegebenen Broschüre „Besucherbuch", und an welche Besucher des Bundesministeriums wird sie verteilt?

88. Abgeordnete **Frau Karwatzki** (CDU/CSU)

Rechtfergtigt nach Ansicht der Bundesregierung die Situation der Heimerziehung in der Bundesrepublik Deutschland eine Darstellung, wie sie sie in der Abbildung auf Seite 22 des „Besucherbuchs" gefunden hat, auf der Heimkinder hinter Gittern befindlich gezeigt werden, und stimmt diese Darstellung nach Auffassung der Bundesregierung mit der derzeitigen Lage in den Erziehungsheimen überein?

89. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Sind nach Kenntnis der Bundesregierung Informationen zutreffend, daß jedes 20. Baby in der Bundesrepublik Deutschland mit einer Behinderung zur Welt kommt, daß in mindestens 75 v. H. der Fälle eine genetische Krankheit vorliegt und daß äußere Einflüsse, wie Medikamente, Drogen oder Alkoholmißbrauch während der Schwangerschaft sowie Komplikationen während der Geburt nur ein Viertel der Behinderungen verursachen?

90. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Kann nach Meinung der Bundesregierung dieser Entwicklung durch eine humangenetische Beratung der Eltern nach dem Marburger Modell vorgebeugt werden, und welche Möglichkeiten bestehen gegebenenfalls, diese humangenetische Beratung der Eltern zu gewährleisten?

91. Abgeordneter **Dr. Becker (Frankfurt)** (CDU/CSU)

An welche Auftragnehmer sind bisher im Rahmen des Programms der Bundesregierung zur Förderung von Forschung und Entwicklung im Dienst der Gesundheit 1978 bis 1981 Forschungsaufträge ohne Ausschreibung vergeben worden?

92. Abgeordneter **Dr. Becker (Frankfurt)** (CDU/CSU)

Zu welchen Forschungs- und Entwicklungsmaßnahmen sind bisher im Rahmen des Programms der Bundesregierung zur Förderung von Forschung und Entwicklung im Dienst der Gesundheit 1978 bis 1981 Forschungsaufträge ohne Ausschreibung vergeben worden?

93. Abgeordneter **Schmidt (München)** (SPD)

Welche Möglichkeiten (z. B. durch eine Gesetzesänderung) sieht die Bundesregierung, um zu gewährleisten, daß straffällig gewordene, die im Rahmen von Resozialisierungsmaßnahmen eine Ausbildung als Krankenpflegehelfer erhalten, nach erfolgreich abgeschlossenem Lehrgang auch ein entsprechendes Diplom bekommen?

94. Abgeordneter **Schmidt (München)** (SPD)

Ist die Bundesregierung nicht der Auffassung, daß der Fall Dietmar Gawlitza, bei dem das Diplom nach einer Krankenpflegehelferausbildung und nach bestandener Abschlußprüfung wegen früherer Straftaten verweigert wurde (s. Stern Nr. 12 vom 13. März 1980), deutlich zeigt, daß in diesem Bereich zur Gewährleistung einer sinnvollen Resozialisierung dringend geeignete Maßnahmen erforderlich sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

95. Abgeordneter **Peter** (SPD)

In welchem Umfang werden im Jahr 1980 die im Bereich der Deutschen Bundespost und der Deutschen Bundesbahn im Saarland vorhandenen Ausbildungsplätze durch Eigenbedarf ausgeschöpft?

96. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, die in meiner Anfrage vom 22. Februar 1980 gestellten Fragen im Blick auf die Bundesbahnverbindungen für Pendler zwischen Gemünden und Frankfurt zu den Berufszeiten und nicht wie geschehen für die Strecke Frankfurt – Gemünden zu beantworten und dabei zu klären, wie bis vor kurzem bestehende Fernverbindungen morgens nach Frankfurt und am Spätnachmittag von Frankfurt zurück nach Gemünden wiederhergestellt werden können?

97. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, auf den TÜV dahin gehend einzuwirken, daß dieser für die Vorführung von Fahrzeugen Termine vereinbart, um zu verhindern, daß Arbeitnehmer oft stundenlang, dazu noch während der Arbeitszeit, warten müssen und ist sie außerdem bereit, dem TÜV klarzulegen, daß die Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben eine freundliche Behandlung der Kunden nicht ausschließt?

98. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Wieweit sind die planerischen Vorbereitungen für den Bau der Eisenbahnüberführung im Zuge der L 77 in Rastatt-Niederbühl gediehen, und sind die Schwierigkeiten, die durch die Neuordnung des Kasernenbereichs der französischen Streitkräfte in Rastatt entstehen, vom Bund soweit geregelt, daß mit dem Baubeginn, wie mir in der Fragestunde am 19. Januar 1979 dargelegt wurde (Drucksache 8/2464, Frage B 141), in den Jahren 1981/82 begonnen werden kann?

99.	Abgeordnete **Frau Dr. Wilms** (CDU/CSU)	Stimmen Presseberichte von Anfang März 1980, daß Planungen zum Ausbau der bisherigen Autobahn auf zehn Spuren im rechtsrheinischen Köln vorliegen?
100.	Abgeordnete **Frau Dr. Wilms** (CDU/CSU)	Sind diese Planungen – falls sie vorliegen – mit Rat und Verwaltung der Stadt Köln abgestimmt, da sie doch in erheblichem Maß die Bürger dieser Stadt tangieren?
101.	Abgeordneter **Dr. Langner** (CDU/CSU)	Ist die Elektrifizierung der Bundesbahnstrecke Niedernhausen – Limburg gesichert, nachdem sich das Land Hessen zur Leistung eines finanziellen Beitrags in Höhe von 25 Millionen DM bereit erklärt hat (vgl. Frankfurter Neue Presse vom 1. Februar 1980)?
102.	Abgeordneter **Dr. Langner** (CDU/CSU)	Ist der Anschluß Limburgs an den Frankfurter Verkehrsverbund Voraussetzung für die Elektrifizierung, oder genügt der zugesagte Zuschuß des Landes Hessen der Deutschen Bundesbahn, um die betriebswirtschaftlichen Widerstände gegen die Elektrifizierung hintenanzustellen?
103.	Abgeordneter **Dr. Langner** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit, zur Entlastung der Rheinstrecke zwischen Koblenz und Frankfurt die Umleitung eines Teils des Bundesbahnverkehrs über Limburg zu befürworten und im Hinblick darauf die Elektrifizierung der Lahnstrecke von Koblenz nach Limburg und darüberhinaus auch bis Wetzlar zu fördern?
104.	Abgeordneter **Dr. Stercken** (CDU/CSU)	Ist der Bundesregierung bekannt, daß die vom belgischen Verkehrsminister vorgeschlagenen Gebühren für die Benutzung belgischer Autobahnen auch von deutschen Verkehrsteilnehmern in Belgien erhoben werden sollen, und welche Folgerungen zieht sie daraus?
105.	Abgeorneter **Dr. Stercken** (CDU/CSU)	Beabsichtigt die Bundesregierung, der belgischen Regierung zu verdeutlichen, daß in der Bundesrepublik Deutschland nicht die Absicht besteht, die Benutzung von mit öffentlichen Mitteln finanzierten Bundesautobahnen von der Entrichtung einer Gebühr abhängig zu machen?
106.	Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)	Welche Fehlbeträge ergaben sich in den Jahren 1977, 1978 und 1979 bei den vier Bundesbahnstrecken im Lahn-Dill-Kreis (Herborn – Schönbach, Haiger – Breitscheid, Dillenburg – Ewersbach und Wetzlar – Lollar), bei denen das Stillegungsverfahren eingeleitet ist?
107.	Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)	Wieviel Busse mit welchen voraussichtlichen Sach- und Betriebskosten müßten zur Aufnahme des Schienenpersonenverkehrs auf den genannten Strekken eingesetzt werden?
108.	Abgeordneter **Schmidt (Niederselters)** (SPD)	Warum ist die Bundesregierung als Hauptaktionär der Deutschen Lufthansa mit einer Entschädigung von 55 Millionen DM aus dem Bummelstreik der Fluglotsen zufrieden, obwohl laut Gutachten der Deutschen Revision- und Treuarbeit 172 Millionen DM als Verlust festgestellt wurden?

109. Abgeordneter **Schmidt (Niederselters)** (SPD)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung ein anderes Gutachten in Auftrag gegeben hat mit dem Ziel, den Betrag von 172 Millionen DM zu überprüfen und ihn für das Unternehmen, die Mitarbeiter und die 20 000 Kleinaktionäre in Frage zu stellen?

110. Abgeordnete **Frau Dr. Martiny-Glotz** (SPD)

Trifft es zu, daß die Bundeszentrale für Flugsicherung 1974 von einem englischen Unternehmen einen Betriebsplan für den geplanten Flughafen München II hat erstellen lassen, der über die geplanten Kosten für den allgemeinen Luftverkehr und den Flugverkehr auf dem NATO-Flughafen Erding Auskunft gibt, und wurde dieser Plan gegebenenfalls der Regierung von Oberbayern bekannt gegeben (vgl. Pressedarstellung Süddeutsche Zeitung vom 10. März 1980)?

111. Abgeordneter **Dr. Schweitzer** (SPD)

Wie weit sind die Pläne der Deutschen Bundesbahn bzw. der Bundesregierung im Hinblick auf einen vierspurigen Ausbau von Teilen der Bundesbahn Rheinstrecke fortgeschritten?

112. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Äußerungen des Präsidenten der Bundesbahndirektion Hamburg bestätigen, nach denen in den nächsten 20 Jahren keine Elektrifizierung in Aussicht steht, und wenn ja, was spricht gegen eine Elektrifizierung in absehbarer Zeit, wenn nein, wann ist mit einer Elektrifizierung der schleswig-holsteinischen Hauptstrekken der Deutschen Bundesbahn zu rechnen?

113. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, von der vom Bundesverkehrsministerium erlassenen Richtlinie und damit Planungsvorgabe, daß alle 12,5 Kilometer ein sogenannter kleiner Parkplatz an der Bundesautobahn errichtet werden müsse, im Falle des geplanten Parkplatzes an der Bundesautobahn München – Stuttgart im Bereich des Wendlinger Stadtwalds im Waldstück „Rübholz" abzugehen, da die Stadt Wendlingen am Neckar in der Vergangenheit mehrfach durch überörtliche Straßen und andere öffentlichen Einrichtungen genügend belastet wurde, und ist die Bundesregierung bereit, in diesem Sinn das für die Planungsdurchführung in Baden-Württemberg zuständige Ministerium anzuweisen, daß ein neuer Parkplatz im Bereich Wendlingen, der immerhin 3,2 Hektar Walds in einem Naherholungsgebiet in Anspruch nehmen würde, nicht weiter in die Planungsüberlegungen einbezogen werden soll?

114. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Trifft die Pressemeldung in der Waiblinger Kreiszeitung vom 13. März 1980 zu, daß der Parlamentarische Staatssekretär Wrede der Stadt Fellbach zugesagt habe, die Untertunnelung der Bundesstraße 14 durch Fellbach werde als Maßnahme der Stufe I im Katalog für den Ausbau von Bundesfernstraßen sofort nach Fertigstellung der B 312 im Bereich Fellbach in Angriff genommen, und wann wird dies voraussichtlich der Fall sein, und welche finanziellen Mittel sind für den Ausbau der B 14 als Tunneltrasse in Fellbach vorgesehen?

115. Abgeordneter **Petersen** (CDU/CSU)

Wann gedenkt die Bundesregierung entsprechend den Erklärungen des Bundespostministers von vor einem Jahr das Problem des Schichtdienstes in den Postämtern einer Lösung zuzuführen?

116. Abgeordneter **Petersen** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung die Absicht, die Dienstzeit von 20.00 Uhr bis 6.00 Uhr als Nachtdienstschicht anzurechnen, die Arbeitszeit für Schichtdienst anzurechnen, und weitere Pausen mit Anrechnung auf die Arbeitszeit einzuführen?

117. Abgeordneter **Petersen** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung weiterhin, die weggefallenen Fahrkostenzuschüsse wieder einzuführen und die Zuschläge für Nachtdienst zu erhöhen?

118. Abgeordneter **Petersen** (CDU/CSU)

Wann können die davon betroffenen Bediensteten der Deutschen Bundespost mit einer Entscheidung des Bundespostministers rechnen?

119. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)

Stimmen die Informationen, daß die Deutsche Bundespost sich den Markt der Anrufbeantworter demnächst dadurch erschließen wird, daß sie eine Kombination aus Fernsprechapparat und Nur-Anrufbeantworter zu einer geringen monatlichen Gebühr vermieten wird, und welche Gründe liegen gegebenenfalls dafür vor?

120. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung dieses Vorgehen der Deutschen Bundespost besonders im Hinblick auf die Erhaltung des freien Wettbewerbs für mittelständische Unternehmen?

121. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Wann wird die Deutsche Bundespost im Stuttgarter Stadtteil Neugereut (Einwohnerzahl z. Z. 6 500, Tendenz steigend) eine Poststelle einrichten?

122. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Treffen Meldungen zu, daß die Deutsche Bundespost ihre seit einem Jahrzehnt währenden Planungen für den Neubau des posttechnischen Zentralamts (PTZ) in Darmstadt-Kranichstein abgeschlossen hat, und wann ist gegebenenfalls mit dem Beginn des Neubaus zu rechnen?

123. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Welches Bauvolumen ist mit welchem Mitteleinsatz für das neue PTZ geplant, und wann ist gegebenenfalls damit zu rechnen, daß sich die Deutsche Bundespost vom jetzigen Gebäude des PTZ am Luisenplatz in Darmstadt trennt?

124. Abgeordneter **Sauter (Epfendorf)** (CDU/CSU)

Besteht nach Meinung der Bundesregierung ein Bedarf an einfachen Anrufbeantwortern, die lediglich mitteilen, daß der gewünschte Teilnehmer nicht da ist, und wenn ja, warum jetzt erst?

125. Abgeordneter **Sauter (Epfendorf)** (CDU/CSU)

Aus welchem Grund überläßt die Deutsche Bundespost es nicht auch den Anbietern von Anrufbeantwortern auf dem freien Markt, diesen Bedarf zu decken anstatt selber mit einem entsprechenden Angebot auf den Markt zu kommen?

126. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

Wer sollte nach Auffassung der Bundesregierung Zugang zu dem europäischen Dokumentationsnetz EURONET – DIANE erhalten und zu welchen Bedingungen?

127. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen (z. B. in Dienstplangestaltung und Einsatz nach Lebensalter) erwägt die Deutsche Bundespost, um die Arbeitsbedingungen im Schichtdienst aus gesundheitlichen und aus Gründen der Erhaltung der Arbeitskraft der Bediensteten zu verbessern, nachdem die Hälfte der im Betriebsdienst Beschäftigten angeblich wegen Frühinvalidität vorzeitig ausscheidet?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

128. Abgeordneter **Engelhard** (FDP)

In welchen besonderen Fällen hält die Bundesregierung ein Abweichen von der Regel des § 33 des Städtebauförderungsgesetzes durch Gesamtbeauftragung für gerechtfertigt?

129. Abgeordneter **Engelhard** (FDP)

Sieht die Bundesregierung in der Vorschrift des § 33 Abs. 2 des Städtebauförderungsgesetzes vor allem eine Vorschrift zur Verhinderung von Interessenkollisionen?

130. Abgeordneter **Jung** (FDP)

Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung den Sanierungs- und Entwicklungsaufgaben im Rahmen des Städtebauförderungsgesetzes bei?

131. Abgeordneter **Jung** (FDP)

Sieht die Bundesregierung die Ziele des Städtebauförderungsgesetzes durch eine vermehrte Praxis von Gemeinden und Städten gefährdet, Vorbereitung und Durchführung der Sanierungsarbeiten im Rahmen eines Gesamtauftrags durch einen Sanierungsträger ausführen zu lassen?

132. Abgeordneter **Gattermann** (FDP)

Hält die Bundesregierung die Regelung des § 33 Abs. 2 des Städtebauförderungsgesetzes in Form einer Sollvorschrift für ausreichend, um die mit dieser Regelung angestrebten Ziele, insbesondere das Ziel der Verhinderung von Interessenkollisionen zu erreichen, obwohl ein Verstoß gegen diese Vorschrift praktisch sanktionslos bleibt?

133. Abgeordneter **Gattermann** (FDP)

Ist die Bundesregierung bereit, Maßnahmen einzuleiten, die verhindern, daß Städtebauförderungsmittel in Sanierungsobjekte fließen, bei denen erkennbar gegen § 33 Abs. 2 des Städtebauförderungsgesetzes verstoßen wird?

134. Abgeordneter **Wurbs** (FDP)

Liegen der Bundesregierung Kenntnisse darüber vor, in welchem Umfang Städte und Gemeinden bei Sanierungsvorhaben von der Regel des § 33 des Städtebauförderungsgesetzes abweichen und Vorbereitung und Durchführung von Sanierungsmaßnahmen im Rahmen einer Gesamtbeauftragung einem Sanierungsträger übertragen?

135. Abgeordneter **Wurbs** (FDP)

Ist die Bundesregierung bereit, sich erforderlichenfalls kurzfristig über eine Länderumfrage entsprechende Erkenntnisse zu verschaffen?

136. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

In welchem Umfang hat der Bund Mittel des sozialen Wohnungsbaus in den Jahren 1978, 1979 und 1980 für die bayerische Landeshauptstadt München bereitgestellt bzw. vorgesehen?

137. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, Regelungen vorzusehen, wonach Wohngeldzahlungen, z. B. kommunaler Stellen, nicht auf das staatliche Wohngeld angerechnet werden, wenn solche Sonderzahlungen in Fällen erfolgen, in denen das Mietniveau besonders hoch ist (z. B. in Ballungsgebieten)?

138. Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, wonach die administrative Behandlung von Anträgen auf Zuschüsse nach dem Energiesparprogramm zwischen den Bundesländern im wesentlichen unterschiedlich erfolgt?

139. Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung für sinnvoll, daß Anträge, die im Jahr der Antragstellung nicht mehr berücksichtigt werden können, von manchen Behörden an den Antragsteller zurückgeschickt werden mit der Maßgabe, sie später erneut einzureichen, andere Behörden solche Anträge annehmen, um sie in der Reihenfolge des Eingangs später zu berücksichtigen, und ist die Bundesregierung bereit und gegebenenfalls mit welchen Maßnahmen, auf eine gleichartige Behandlung der Anträge hinzuwirken?

140. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der Bund seine Förderbeiträge, die er im Rahmen von Stadtsanierungsmaßnahmen zahlt, auf der Basis von 1980 festschreiben will, so daß Kostensteigerungen, die den Städten und Gemeinden unter anderem durch Preissteigerungen entstehen, nicht berücksichtigt werden?

141. Abgeordneter **Dr. Möller** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Antragsformulare für die Mittel nach dem Wohnungsmodernisierungsgesetz in Nordrhein-Westfalen so kompliziert gefaßt sind, daß die Bürger mehr und mehr darüber Klage führen und es zu Verzögerungen bei der Bearbeitung und Gewährung dieser Mittel gekommen ist, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um im Zusammenwirken mit den Ländern verständliche Formulare zu entwickeln, die das Antragsverfahren erleichtern und beschleunigen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

142. Abgeordneter **Kittelmann** (CDU/CSU)

Wieviel Fälle, in denen Bundesbürger bei Verkehrsunfällen mit Personenschäden in der DDR nur bei Hinterlegung einer Kaution in Höhe von 30 000 bis 50 000 DM aus der Untersuchungshaft entlassen werden, sind in den letzten fünf Jahren bekannt geworden, und in wieviel Fällen durften die betroffenen gegen Hinterlegung welcher Summe wieder ausreisen?

143. Abgeordneter **Kittelmann** (CDU/CSU)

Welche Ratschläge erteilt die Bundesregierung vor allem minderbemittelten Autofahrern, wie sie sich im Fall eines Verkehrsunfalls verhalten sollen?

144. Abgeordneter **Kittelmann** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung diese Problematik bei dem Abschluß des Grundlagenvertrags gesehen, und welcher Schutz vor willkürlichen Maßnahmen seitens der DDR-Behörden kann die Bundesregierung für die Betroffenen anbieten?

145. Abgeordneter **Kittelmann** (CDU/CSU)

Gibt es Beispiele vergleichbarer Art über die Behandlung von DDR-Bürgern in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) im Fall eines Verkehrsunfalls mit Personenschäden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

146. Abgeordnete **Frau Männle** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung im Rahmen des Programms „Humanisierung des Arbeitslebens“ Projekte gefördert, die die Humanisierung der Arbeit im Bürobereich und hier insbesondere neue Formen der

Arbeitsorganisation betreffen, und wenn ja, wieviel solcher Projekte, mit welchem finanziellen Aufwand und Anteil am Gesamtprojekt „Humanisierung des Arbeitslebens"?

147. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß zur besseren Nutzung des Brennwerts von Kohle die Entwicklung von kleinen und mittleren Aggregaten mit Wirbelschichtfeuerung gefördert werden sollte, und wenn ja, welche Initiative ergreift sie in dieser Richtung?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

148. Abgeordnete **Frau Schleicher** (CDU/CSU)

Ist es zutreffend, daß in der Bundesrepublik Deutschland ca. 50 000 Studienplätze in Einrichtungen der Berufsausbildung aus Schülermangel ungenutzt bleiben, wie auf einem Kolloquium des europäischen Zentrums für die Entwicklung der Berufsausbildung in Berlin behauptet wurde, und wenn ja, um welche Einrichtungen und welche Fachrichtungen handelt es sich dabei?

149. Abgeordnete **Frau Schleicher** (CDU/CSU)

Gibt es Hindernisse, die freien Berufsausbildungsplätze Schülern aus anderen Ländern der Europäischen Gemeinschaft anzubieten, und wenn ja, welche?

150. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Meldungen bestätigen, nach denen aktive Mitglieder der „Gesellschaft für Transzendentale Meditation" (GTM), die im an den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages gerichteten „Jugendsekten"-Bericht der Bundesregierung angeführt ist, in Volkshochschulen Kurse geben und gleichzeitig für die Ziele der GTM werben?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

151. Abgeordneter **Dr. Stercken** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten erkennt oder nutzt die Bundesregierung, um bei der Wiedereingliederung rückgewanderter ausländischer Arbeitnehmer in ihren Heimatländern Hilfe zu leisten?

152. Abgeordneter **Dr. Stercken** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung bisher auf diesem Gebiet unternommen?

Bonn, den 14. März 1980